

zfsö

ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALÖKONOMIE

- Christoph Deutschmann **3** Eurokrise und internationale Finanzkrise – Die Finanzialisierung der Wirtschaft als politische Herausforderung für Europa
- Elke Schenk **15** EU und Euro in der Krise – Perspektiven für ein anderes Europa?
- Max Danzmann **24** Stabilisierung des Euro durch Vollgeld?
- Eckhard Behrens **33** Staatliches Nebengeld – Damit Griechenland im Euroraum bleiben kann
- Helmut Woll **41** Ernst Friedrich Schumacher – ein Prophet der Mittleren Technologie
- Dieter Suhr † **49** Grundrechte gegen die Natur – Haftung für Naturgüter?
- 64** Bücher
- 79** 58. Mündener Gespräche in Wuppertal

EU und Euro in der Krise

Perspektiven für ein anderes EUropa?

Elke Schenk

1 Einführung

Wer hätte das vor einem Jahrzehnt angesichts euphorisch gefeierter EU-Erweiterungsrunden für möglich gehalten? Der Traum von der EU als einer friedlichen Wohlstandsinsel, mit dem das Projekt der europäischen Integration seit dem Zweiten Weltkrieg verbunden wurde, ist ausgeträumt. Das Krisentableau der letzten 10 Jahre in Stichworten:

- Finanzkrise und daraus fabrizierte Staatsschuldenkrise (2008ff);
- die damit verbundene Schwächung des Euro als internationaler Reservewährung und dem drohenden Auseinanderbrechen der Eurozone;
- der zerstörerische Umgang mit den Krisenländern, allen voran Griechenland, maßgeblich verantwortet von der harten monetaristischen Haltung der deutschen Bundesregierung;
- die Rückendeckung bzw. das Anheizen des Putsches in der Ukraine (2013ff);
- die illegitimen Sanktionen gegen Russland, die die EU-Wirtschaft mittelfristig mehr schädigen als Russland (2014);
- die Beteiligung bzw. das Gewährenlassen einer US-geführten NATO-Eskalation gegenüber Russland, die EUropa als Operationsbasis benötigt;
- die Freihandelsdiktatur gegenüber den AKP-Staaten, beschönigend „Economic Partnership Agreements“ (EPAs) genannt;
- eigenmächtige oder als Vasall des US-Imperiums getätigte offene oder verdeckte Interventionen in Nordafrika und im Nahen Osten (Irak 2003, Libyen 2011, Syrien seit 2012, Mali 2016),
- deren Folgen uns als Flüchtlingskrise und Terroranschläge heimsuchen;
- das Versagen, die wahren Ursachen des Flücht-

lingszustroms zu bekämpfen unter Inkaufnahme des Zerfalls der Union;

- das vollständige Fehlen einer sozial-integrativen Politik in einer heterogenen EU;
- das unterlassene Einhegen der unersättlichen Ansprüche der Finanzoligarchie.
- Die Weigerung, die Krisenursachen anzugehen, konfrontiert die EU aktuell mit einer zweiten Welle an Banken Krisen.

Wann hat der Erosionsprozess eingesetzt? Meilensteine der vertanen Chancen waren:

- 1989/90 mit dem Vorschlag des Präsidenten der UdSSR, Michail Gorbatschow, ein gemeinsames europäisches Haus der wirtschaftlichen Kooperation und Sicherheitsarchitektur zu schaffen;
- 2004, wenn ein wirtschaftspolitisch neutraler Verfassungsvertrag eine demokratische und soziale Union begründet hätte;
- 2008/2009 mit der Möglichkeit, den spekulativen Finanzsumpf trocken zu legen.

In einer Zeit, in der das Zerstörungswerk des EU-Neoliberalismus mit dem Projekt der europäischen Integration in Verbindung gebracht wird und in der sich andererseits die Linke im weitesten Sinne als zu schwach erweist, eine anti-kapitalistische, pro-europäische, aber EU-kritische Position zu formulieren, erhalten rechtsnationalistische bis nazistische Parteien, Bewegungen und Regierungen EU-weit Zulauf. Statt dies moralisierend zu verurteilen, müsste man sich dem darin zum Ausdruck kommenden Grundanliegen zuwenden, nämlich der Souveränität, über eigene Belange in einem den BürgerInnen zugänglichen Raum zu entscheiden. Dieses Grundanliegen lag u.a. auch dem Votum für den Brexit von Seiten der britischen Arbeiter- und unteren Mittelschicht zugrunde.

Seit 2015 ist auch auf der Linken in Europa einiges in Bewegung geraten: Shootingstars wie die Syriza in Griechenland, Podemos in Spanien oder die Bewegung 5-Sterne in Italien (MoVimento 5 Stelle), das Linksbündnis in Portugal, das die konservative Coelho-Regierung ablöste, oder die mit der Wahl von Jeremy Corbyn mögliche Abkehr der Labour-Party vom Blair-/Schröder'schen neoliberalen „NEW-Labour-Projekt“ öffnen Diskussionsräume, die bislang tabuisiert waren: Die Frage nach einem 'Plan-B' für die EU oder die Eurozone.

Ein solcher Plan B ist dringend erforderlich angesichts der desaströsen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Folgen der bisherigen Krisenbearbeitung. Im Folgenden wird zunächst dargestellt, wie von Seiten der Funktionsträger in der EU auf die mit der Finanzkrise offenbar gewordene systemische Krise bezogen auf die Krisenländer, aber auch die Eurozone bzw. die EU als Ganzer reagiert wurde. Dieses Maßnahmenbündel fasse ich unter dem Stichwort „RESET“ – Neustart, nachdem sich das System aufgehängt hat, zusammen. Anschließend werden Reformvorstellungen aus dem links-alternativen Spektrum vorgestellt („UPDATE“). Nach einer Beurteilung dieser Plan-B-Initiative schließt eine kurze Skizze der Herausforderungen, denen sich ein Ausstieg („EXIT“) aus der multiplen (sozialen, politischen, wirtschaftlichen und ökologischen) Krise gegenüber sieht, diese Betrachtungen ab.

„Und mit dem Entstehen der Staatsverschuldung tritt an die Stelle der Sünde gegen den heiligen Geist, für die keine Verzeihung ist, der Treuebruch an der Staatsschuld.“

Die öffentliche Schuld wird einer der energischsten Hebel der ursprünglichen Akkumulation.“
(Karl Marx, *Das Kapital* Bd 1, MEW 23, S. 782)

2 RESET-Strategie der Eliten: Neoliberal-autoritäre EU-/Eurozonen-Integration

Die Bearbeitung der vermeintlichen Eurokrise durch die EU beruht auf der Prämisse, dass es sich bei der jetzigen Krise allein um eine Staatsschuldenkrise handelt, verursacht durch

mangelnde Haushaltsdisziplin und unzureichende internationale Wettbewerbsfähigkeit. Nach monetaristischer Theorie sollen die Staatsausgaben vor allem im öffentlichen und sozialen Sektor geschrumpft sowie die Investitionsbedingungen für Unternehmen durch Kostensenkungen und Deregulierungen verbessert werden. Entsprechend dieser Ideologie wurden die Austeritätsprogramme für die Krisenländer aufgelegt. Die im Gegenzug zu Kredit- und Refinanzierungshilfen von den Gläubigerinstitutionen (IWF, EZB, Eurogruppe, EFSF/ESM) abverlangten „Reformen“ entsprechen inhaltlich den Struktur- und Anpassungsprogrammen von IWF und Weltbank, deren verheerende Folgen in den Ländern des Südens bis heute fortwirken.

2.1 EU-Institutionen und IWF agieren als 'kollektive Wirtschaftskrieger'

Es fragt sich – wenn man ideologische Verblendung und Unwissenheit als ausreichende Antwort ausschließt –, welche eigentlichen Ziele mit der Art der Bearbeitung der 'Eurokrise' verfolgt werden. Man kann im Wesentlichen zwei Hauptziele ausmachen:

- a) die Bedienung von Interessen des privaten Finanzsektors
 - Die Explosion der Staatsverschuldung ist wesentlich auf die Übernahme von Bankenschulden durch die Staaten im Zuge der Finanzkrise zurückzuführen. Die vom Finanzsektor mit dem Argument der Systemrelevanz erpressten Rettungspakete verhinderten Bankeninsolvenzen und bewirkten, dass illegitime Forderungen aus dem aufgeblähten Finanzcasino, das sich wesentlich außerhalb der Bilanzen abspielt, ohne Berechtigungsprüfung mit Steuergeldern, also realwirtschaftlich bedient und die eigentlichen Profiteure geschützt wurden.
 - Die zum Quasi-Verfassungsgrundsatz erhobene Kapitalverkehrsfreiheit ließ die bisherigen Praktiken weitgehend unbehelligt. So beträgt der Umfang der weltweit ausstehenden Derivate-Wetten nach vorsichtigen Schätzungen der Bank für internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in 2016 über 700 Billionen US-Dollar und damit das Zehnfache der weltweiten Wirtschaftsleistung.¹

Allein die Deutsche Bank jonglierte in 2015 mit einem Volumen an Derivaten von 42 Billionen Euro, also mit dem 14-fachen des deutschen BIPs².

- Die 'Euro-Rettungspakete' nehmen dem privaten Finanzsektor die Kreditrisiken aus Staatsanleihen ab, indem über internationale Finanzinstitutionen die Zinszahlungen und Kreditrückzahlungen abgewickelt werden.³ Die BürgerInnen der Eurozone bürgen im Falle eines Zahlungsausfalls als „Stoßdämpfer letzter Instanz“ (IWF-Ökonom Häußler).

- Indem die Kreditvereinbarungen einen Zahlungsausfall des Staates (= Kreditereignis) verhindern, werden auch die Sicherungsgeber für Kreditausfallversicherungen (Credit Default Swaps) vor der Pleite bewahrt. Allein US-Banken hatten 500 Mrd. USD an Derivaten auf Staatsanleihen der Eurokrisenländer im Feuer.⁴

- Die zur Bedienung der Staatsschulden geforderten Privatisierungen kommen wiederum den Finanzinvestoren zugute, die seit dem Platzen der Spekulationsblase in 2007 und der Niedrigzinspolitik der Zentralbanken angesichts ihres Vermögenszuwachses unter „Anlagenotstand“ leiden. In einem Umfeld wirtschaftlicher Rezession und finanzieller Notlage des Staates müssen staatliche Vermögenswerte und öffentliche Güter (Land, Rohstoffe, staatliche Infrastruktur und Betriebe) verschertelt werden. Erzwungen wird auf diese Weise auch der Ausverkauf der öffentlichen Daseinsvorsorge – beispielsweise der Wasserversorgung – gegen den Widerstand der Bevölkerungen und gegen demokratische Mehrheiten.

- Im Falle Griechenlands enthalten die Kreditvereinbarungen' Klauseln, wonach es sein gesamtes oberirdisches und unterirdisches, bewegliches und nicht bewegliches Eigentum verpfänden muss.⁵ Eine Zusatzklausel verbietet Griechenland, privatisiertes Staatseigentum später zurückzukaufen.⁶

- Der Ökonom und Schulden-Experte Michael Hudson folgert: „International law needs to be updated to recognize that finance has become the modern-day mode of warfare.“⁷

b) Fortsetzung der hierarchischen EU-Integration

- Die von den Austeritätsprogrammen verlangte Deflation der Arbeitskosten soll die Krisenländer als Niedrigkostenstandorte der EU in die globale Wertschöpfungskette integrieren.⁸ Damit setzen sie das Prinzip der hierarchischen Wirtschaftsintegration, die mit der EU-Osterweiterung sowie über Assoziierungsabkommen erfolgte, fort, um das Gefälle an Lohnkosten im Interesse der transnational operierenden Konzerne ausnutzen zu können.

- Soziologieprofessor Stephan Lessenich bezeichnet diesen Prozess als „die innere Kolonialisierung Europas: [...] denn mit Griechenland – und ein, zwei ... viele 'Griechenlands' werden folgen – schafft sich die europäische Wirtschafts- und Währungsunion den Hinterhof im eigenen Haus, sein Lateinamerika am Mittelmeer. [...] Die politisch-ökonomische 'Entwicklungspolitik' der ausgehebelten staatlichen Souveränität und der gezielten sozialen Verarmung, die das koloniale Herrschaftsregime charakterisierte, kommt über Griechenland nun nach Hause – und das viel gerühmte und selbstverliebte Europa der 'Aufklärung' damit irgendwie auch zu sich selbst.“⁹

2.2 Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion

a) Verschärfung der haushaltspolitischen Überwachung und Verordnung von Austeritätspolitik für ganz Euroland:

Die Enteignungspolitik, wie sie eben skizziert wurde, wird nicht nur gegenüber den Krisenländern verlangt, sondern betrifft alle EU- bzw. Eurozonen-Länder und weist in Richtung einer autoritären Zurichtung der EU. Seit dem Frühjahr 2010 wurde ein ganzes Bündel an Gesetzen, Verordnungen und Verträgen beschlossen, das die Fortsetzung des neoliberalen EUropas zum Inhalt hat. Ein Überblick über die wichtigsten Entscheidungen:

- Einführung des „europäischen Semesters“ seit 2011. Danach müssen die nationalen Regierungen ihre langfristige Finanzplanung incl. nationaler Reform, Stabilitäts- und Konvergenzprogramme vorab an Brüssel melden. Erst nachdem

der Ministerrat und die EU-Kommission Politikempfehlungen abgegeben haben, dürfen die Parlamente die nationalen Haushalte verabschieden. Die vorgesehenen 'Reformen' entsprechen dem bekannten Katalog neoliberaler Strukturpassungen: „strikte nachhaltige Lohndisziplin für Leistungsbilanzdefizitländer, Flexibilisierung der Arbeitszeitregelungen, Abbau von 'übermäßigem' Schutz von Beschäftigten mit unbefristeten Verträgen“, Privatisierungen.

- Eine Verschärfung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes im Rahmen der 6 EU-Gesetze und Verordnungen, genannt „Six-Pack Economic Governance“. Wesentlich ist hier die Einführung eines sog. präventiven Arms, der den Euroländern Sanktionen androht schon für den Fall, dass ihr Defizit kleiner als 3 % ist. Der Sanktionsautomatismus bei einem Defizit größer als 3 % kann nur durch eine qualifizierte Mehrheit im Rat der Finanzminister abgewehrt werden.

- Der Fiskalpakt („Treaty on Stability, Coordination and Governance in the Economic and Monetary Union“) ist ab 1.1.2013 als internationaler, unbefristeter Vertrag außerhalb des EU-Rechtssystems in Kraft getreten. Ihn unterzeichneten fast alle EU-Länder. Er enthält nicht nur eine Schuldenbremse, sondern verpflichtet die Staaten jährlich 5 % der über die Quote von 60 % hinaus gehenden Schulden zu verringern. Verstöße dagegen werden mit Strukturpassungsprogrammen geahndet.

- Eine neue Binnenmarktstrategie der EU-Kommission¹⁰ sieht vor, die Mobilität der Arbeitskräfte in der EU zu vergrößern, flankiert dies aber nicht durch Maßnahmen gegen Lohn- und Sozialdumping. Zur Strategie gehört das Steckepferd der Kommission, weitere Deregulierungen im Dienstleistungsbereich vorzunehmen, insbesondere bei der Daseinsvorsorge. Entgegen der verbreiteten Darstellung schützt der Lissabon-Vertrag die öffentliche Daseinsvorsorge nicht, die als wirtschaftliche Tätigkeit den Binnenmarktfreiheiten wie dem Wettbewerbsrecht unterliegt.

- Da EU-weite neoliberale Reformen nur noch schwer zustimmungsfähig sind, hat Bundeskanzlerin Merkel den „Pakt für Wettbewerbsfähigkeit“ ins Spiel gebracht, den sie beim Weltwirtschafts-

forum in Davos wie folgt beschrieb¹¹: die Nationalstaaten sollen bilaterale „Abkommen und Verträge mit der EU-Kommission schließen, in denen sie sich jeweils verpflichten, Elemente der Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern, die in diesen Ländern noch nicht dem notwendigen Stand der Wettbewerbsfähigkeit entsprechen. Dabei wird es oft um Dinge wie Lohnzusatzkosten, Lohnstückkosten, Forschungsausgaben, Infrastrukturen und Effizienz der Verwaltungen gehen – also um Dinge, die in nationaler Hoheit der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union liegen.“

b) Finanzmarkt-Reformen:

- Bankenunion zur – vorgeblichen – Verhinderung einer neuen Finanzkrise und Bankenrettung durch die Steuerzahler, bestehend aus drei Teilen: der einheitliche Aufsichtsmechanismus und der Sanierungs- und Abwicklungsmechanismus sind bereits in Kraft getreten; eine gemeinsame Einlagensicherung der Eurozone ist noch umstritten.

Zu den Bestimmungen des Sanierungs- und Abwicklungsmechanismus¹²: Grundsätzlich sollen die Verluste zuerst von den Anteilseignern und Gläubigern (= Investoren) getragen werden. Zu den Investoren zählen auch die Sparer! Sie sollen Verluste bis mindestens 8 % der Bilanzsumme (nicht des Eigenkapitals!)¹³ tragen. Ein Abwicklungsfonds der Banken soll bis 2023 etwa 55 Mrd. Euro zur Verfügung stellen – ein Tropfen auf den heißen Stein angesichts der durch Derivate und ausfallgefährdete Kredite aufgeblähten Risiken. Von den Abwicklungsinstrumenten ist vor allem der Bail-in (= Beteiligung von vorrangigen Gläubigern und Sparern) mit Beträgen über 100.000 Euro in der öffentlichen Diskussion.

c) Einschätzung des Bail-in:

- Die Idee, dass die Eigentümer und Gläubiger nicht erneut in den Genuss risikoloser Gewinne kommen, während die Verluste sozialisiert werden, wirkt überzeugend. An der konkreten Ausgestaltung sind jedoch ziemliche Zweifel angebracht, wie die bisherigen Erfahrungen mit diesem Instrument zeigen.

Die insolvente italienische Banca Monte dei Paschi hat in den vergangenen Jahren Anleihen in Höhe von 5 Mrd. Euro an etwa 60.000 Kleinanleger verkauft, die damit zu den Eigentümern der Bank gehören und von der Schongrenze aus-

genommen sind.¹⁴ Beim Bail-in in Zypern und Italien wurden institutionelle und superreiche Investoren durch ihren Informationsvorsprung bzw. die EZB bevorzugt, bevor die Kleinsparer zur Kasse gebeten wurden.¹⁵ Offen sind auch die indirekten Wirkungen z. B. über Anteile an Pensionsfonds oder Kapitallebensversicherungen, die viele Kleinsparer als Geld“anlage“ nutzen. Schließlich: Wie viel Wert ist die Schongrenze bei einer erneuten Finanzkrise, nachdem Staaten und EZB ihr Pulver verschossen haben?

- Kapitalmarktunion:¹⁶ Die Initiative des bisherigen EU-Finanzkommissars Jonathan Hill (und Gründer einer auf Finanzdienstleistungen spezialisierten Unternehmensberatung in der Londoner City) sieht die weitere Deregulierung der Finanzmärkte in der EU vor. Man will gerade diejenigen Strukturen wiederbeleben und ausweiten, die für die Finanzkrise 2008 mitverantwortlich waren, nämlich die Verbriefung von Bankkrediten. Kaufen sollen diese „Wertpapiere“ die Versicherungen und Pensionsfonds, da die traditionelle Geldanlage in Staatsanleihen wegen der EZB-Niedrigzinspolitik nichts mehr einbringt. Damit werden die Risiken aus dem Bankensektor zu den institutionellen Investoren bzw. deren in die private Alterssicherung getriebene Kleinsparer transferiert. Die Banken sollen diese verbrieften Kredite dann als Sicherheiten bei der EZB gegen frisches Zentralbankgeld hinterlegen dürfen.

2.3 Fazit

Das seit 2010 aufgelegte RESET-Programm bedient die Interessen der Konzerne und Finanzinvestoren und schränkt zu diesem Zweck die demokratischen Gestaltungsmöglichkeiten in der Wirtschafts- und Finanzpolitik Schritt für Schritt ein. Daran ändert auch die Aussicht auf ein Eurozonen-Parlament nichts, wenn die Weichenstellungen über internationale Verträge in Beton gegossen wurden. Nicht angegangen wird die Fehlkonstruktion der Eurozone, eine gemeinsame Währung für wirtschaftlich disparate Länder ohne Finanzausgleich vorzusehen.¹⁷

Während die Vermögen und Profite der Superreichen und die finanztechnischen Möglichkeiten, sie auf Kosten der Allgemeinheit zu meh-

ren, unangetastet bleiben, werden die Einkommen und Ersparnisse der Mittelschichten in Haftung genommen.

3 UPDATE: Demokratische Reform des EU-/Euro-Systems

Die Unterwerfung des griechischen Premierministers Alexis Tsipras unter die Bedingungen der Troika, trotz des überwältigenden OXI-Votums beim Referendum, haben im links-alternativen EUropa unter der Schlagzeile „This is a coup“ für Empörung gesorgt und Forderungen nach demokratischen Reformen Dynamik verliehen. Neben einer Parlamentarisierung von EU und Eurozone sind zentrale Elemente eine teilweise Vergemeinschaftung der Staatsschulden sowie eine Rückkehr zu keynesianischer Wirtschaftspolitik.

3.1 „Es lebe die europäische Republik“

Für Ulrike Guérot¹⁸, Direktorin des European Democracy Lab in Berlin sowie Streiterin für eine 'europäische Republik', liegt das Versagen Europas an der Dominanz nationaler Politik im Europäischen Rat, die gegen europäische Interessen ausgespielt würde.¹⁹ In ihrem Aufruf „Es lebe die europäische Republik“, den sie zusammen mit dem Schriftsteller Robert Menasse veröffentlicht hat²⁰, greifen die Autoren einen Slogan von Walter Hallstein auf: „Die Abschaffung der Nation ist die europäische Idee.“ Die EU wird als Avantgarde-Projekt gesehen, deren Prinzipien aber zum Durchbruch verholfen werden müsse. Elemente sind ein Eurozonen-Parlament durch transnationale Listen gewählt und mit Gesetzesinitiativrecht, eine europäische Steuerhoheit, Vergemeinschaftung der Schulden und der Handelsbilanzüberschüsse. Die Regionen sollen in einem freien Zusammenschluss aufgehen und die Nationalstaaten abgeschafft werden. Guérot betont, dass es ihr nicht um die soziale Dimension von Gleichheit gehe, sondern sie spreche „von allgemeiner politischer Gleichheit, das heißt, Gleichheit vor dem Recht ist keine sozialistische oder egalitäre Gleichheit.“²¹

3.2 Pan-europäische Bewegung zur Demokratisierung der EU

Die zweite prominente Initiative, der sich auch Guérot angeschlossen hat, ist das Democracy in Europe Movement DiEM2025, das der kurzzeitige griechische Finanzminister Yannis Varoufakis Anfang Februar 2016 in der Berliner Volksbühne startete. Das Manifest problematisiert die Ungleichgewichte in der Eurozone, die technokratische Austeritätspolitik oder das Kartell „kurzsichtiger Politiker, ökonomisch naiver Beamter und in Finanzdingen inkompetenter ‘Experten‘“, das sich „sklavisch den Beschlüssen der Finanz- und Industriekonzerne (unterwirft)“. Als größte Gefahren gelten jedoch der „Rückzug in den Kokon unserer Nationalstaaten, oder (die) Unterwerfung unter Brüssels demokratiefreie Zone“.²²

Das Manifest stellt einen Stufenplan zur Demokratisierung der EU auf. Sofort müsse Transparenz und Öffentlichkeit hergestellt werden, beispielsweise der Ratssitzungen oder von Verhandlungsdokumenten. Innerhalb von 12 Monaten soll die aktuelle wirtschaftliche und soziale Krise mit den „bestehenden Institutionen und im Rahmen der bestehenden EU-Verträge“ angegangen werden.

Innerhalb von zwei Jahren soll eine Verfassung gebende Versammlung über transnationale Listen gewählt werden. Ziel ist, bis 2025 „eine voll entwickelte Demokratie mit einem souveränen Parlament zu machen, das die nationale Selbstbestimmung respektiert und die Macht mit den nationalen Parlamenten, mit Regionalversammlungen und Gemeindeparrlamenten teilt.“ Vorrang hat die EU-Ebene, die die Agenda festlegt und dann den unteren Gebietskörperschaften ihre Aufgaben zuweist.

Yannis Varoufakis als Regisseur von DiEM und als enfant terrible der Eurogruppe konkretisiert seine Reformvorstellungen in vielen Interviews.²³ Trotz der Einbindung in eine einschränkende globale Ordnung – auch der Finanzmärkte – müssten sich EU-Bürger dafür stark machen, dass ein Parlament die letzte Instanz sein müsse, um Entscheidungen die notwendige Legitimation zu verleihen. Final wünscht er sich die Vereinigten

Staaten von Europa. Zur Lösung der Krise der Eurozone sollen die BürgerInnen einen Eurozonen-Finanzminister wählen.²⁴ Den Austritt aus der Währungsunion – auch als linke Forderung – hält Varoufakis für einen Fehler. Er unterstellt, dass diejenigen eine romantisierende Rückkehr zu einer agrarischen Selbstversorger-Gesellschaft wünschen, aber die Abkehr von einer internationalen Marktintegration sei nicht möglich, da die Volkswirtschaften von Technologien abhingen, die sie selbst nicht produzieren könnten.²⁵

Eine Europäisierung zentraler Probleme in Form von teilweiser Vergemeinschaftung von Staatsschulden, gemeinsamer Bankenaufsicht, sozial-ökologischer Investitionen, Armutsbekämpfung (mittels Lebensmittelmarken wie in den USA) könne zu mehr Handlungsfreiheit für soziale und wirtschaftliche Fragen auf regionaler oder nationaler Ebene führen.

Wirtschaftspolitisch schlägt Varoufakis einen Green New Deal vor und dafür sollen die bestehenden Institutionen EZB, ESM und EIB genutzt werden. Es müsse ein Investitionsprogramm in der Höhe von 7–8 % des EU-BIPs aufgelegt werden. Die EZB könnte Anleihen von der Europäischen Investitionsbank kaufen und damit Investitionen in grüne Technologien finanzieren. Quantitative Easing käme dann dem ökologischen Umbau zugute. Varoufakis formuliert als sein Kernanliegen: „There are ways you can imagine intervening immediately in the European crisis today to stabilise European capitalism in order to be able to begin discussing political projects for democratising it. It is either that or barbarism.“

3.3 Einschätzung

Obwohl das DiEM2025-Manifest die Konzernmacht in der EU kritisiert, sieht es den Grundkonflikt nur im Gegensatz zwischen den BürgerInnen und dem undemokratischen EU-System. Die Demokratisierungskonzepte zeichnen sich durch eine illusionäre Sicht der repräsentativen parlamentarischen Demokratie und des liberalen Staates aus. Sie beruhen auf einem politisch-liberalen Begriff von bloß formaler Gleichheit. Damit fallen sie bezogen auf die Gesellschafts-

analyse ins vor-marxsche 19. Jahrhundert zurück. Die Krise der repräsentativen Demokratie, die nicht nur auf EU-Ebene täglich erfahrbar ist, wird nicht reflektiert. Woraus nährt sich die Hoffnung, eine Parlamentarisierung des EU-Systems könne Legitimität schaffen und den Menschen das Gefühl von Souveränität über ihre eigenen Anliegen vermitteln? Die in den Bevölkerungen verbreitete Ablehnung von Übergriffen und Erniedrigungen von Seiten der globalen Konzerne und der neoliberalen EU-Institutionen wird in ihrem Widerstandspotential entschärft durch die Einhegung auf reformierte Wahlprozeduren.

Notfallmaßnahmen auf EU-Ebene zu treffen, um die sozialen Verwüstungen der neoliberalen Politik der letzten 20 Jahre abzumildern, halte ich für ganz wesentlich. Aber Varoufakis/DiEM bleiben dabei stehen. Der wirtschaftliche Antagonismus der uneingeschränkten Eigentumsansprüche, daraus erwachsender ökonomischer Macht wird nicht problematisiert. Die wirtschaftliche Globalisierung und die Abhängigkeit von den Finanzmärkten werden wie ein Naturgesetz akzeptiert. Entsprechend wird in Bezug auf die Staatsschulden die Frage nach deren Legitimität nicht gestellt und die Forderung nach Streichung illegitimer Schulden nicht erhoben. Obwohl Varoufakis während der Arbeit der Wahrheitskommission als Finanzminister amtierte, bezieht er sich in seinen vielen Interviews und Statements kein einziges Mal auf den Bericht der Wahrheitskommission für die Staatsverschuldung.²⁶ Notwendige staatliche Investitionen sollen über Kreditaufnahme finanziert werden, statt über ein Abschöpfen des Superreichtums.

Indem der Kern der Krise und des Wesens der EU unbearbeitet bleiben, stellt das Update-Konzept (Guérot, DiEM2025) m.E. ein Ablenkungsmanöver dar. Man postuliert öffentlichkeitswirksam Verbalradikalismus und Systemgegnerschaft, ist inhaltlich aber in den Forderungen anschlussfähig an die „Reset“-Positionen. Die Funktion von dieser Art von Bewegungen zur Herrschaftssicherung hat der kanadische Volkswirtschaftsprofessor Michel Chossudovsky auf den Begriff „Manufacturing Dissent“ gebracht. Während offenen autoritäre Herrschaftsformen durch Manipu-

lation die Gleichförmigkeit der öffentlichen Meinung erzielen, brauche der gegenwärtige Kapitalismus die Illusion von Demokratie. Dazu gehöre das Zulassen, ja sogar Fördern von Widerspruch, solange sich der Protest in den von den Herrschenden gesetzten Grenzen bewege: „Under contemporary capitalism, the illusion of democracy must prevail. It is in the interest of the corporate elites to accept dissent and protest as a feature of the system inasmuch as they do not threaten the established social order. The purpose is not to repress dissent, but, on the contrary, to shape and mould the protest movement, to set the outer limits of dissent.“²⁷

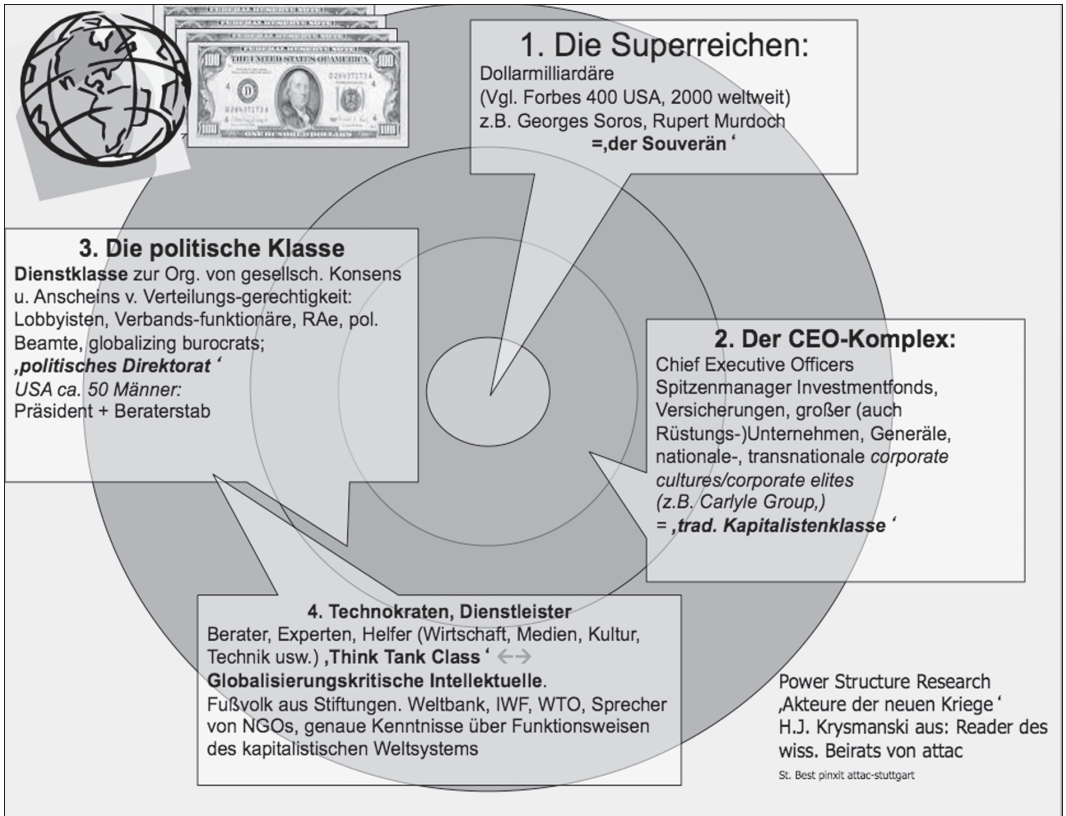
Jenseits dieser äußeren Grenzen der zulässigen Kritik liegen die Infragestellung der kapitalistischen Eigentums- und Aneignungsordnung, der EU-Konstruktion als Transmissionsriemen zur Gewährleistung der Geld- und Machtinteressen der 0,1% Superreichen sowie der NATO als militärischem Arm dieser Interessen. Im Ringburg-Modell der Machteliten (s. Seite 22) von Hans Jürgen Krysmanski müssen dementsprechend der innerste Ring der Superreichen sowie der CEO-Komplex der Aufmerksamkeit und dem Zugriff des Demos entzogen bleiben. Abarbeiten darf sich das Fußvolk jenseits des äußeren Ringes an der politischen Dienstklasse als Puffer.

4 EU-System-Error – EXIT!

*„Ich möchte Erde, Feuer, Wasser, Brot,
Zucker, Meer, Bücher, Heimat für alle“
(Pablo Neruda)*

Stimmen für einen ‘left-exit’ aus einer als nicht reformierbar betrachteten EU/Eurozone sind in der aktuellen Debatte in der Minderheit und in Deutschland nur recht verschämt vernehmbar. Angesichts in deutschen Medien massiv vorgetragener „Querfront“vorwürfe bedeutet jede grundsätzliche Befragung dieser EU-Konstruktion einen Balanceakt über dem Abgrund der Verdächtigung rechtspopulistischer Komplizenschaft.

Eine Exit-Strategie aus der neoliberalen EU müsste viele vorhandene – auch historische – Konzepte und Praxiserfahrungen für Teiltrans-



Modell der Ringburg, entwickelt von Hans Jürgen Krysmanskis Power Structure Research²⁸
Grafische Bearbeitung von Stephan Best

formationen (ein transparentes, realwirtschaftlich gedecktes Geldsystem, regenerative Energie, kooperative Versorgungsstrukturen, biologische Landwirtschaft, direkte Demokratie, Open Source-Projekte, Rüstungskonversion ...) in und außerhalb der EU sichten und zusammenführen. Ein kapitalistisches oligopolistisches Wirtschaftssystem ist umzubauen und zu entflechten und die Wirtschaft der demokratischen Kontrolle zu öffnen. Angesichts der ökologischen Krise muss dieser Umbau vom Wachstumsparadigma Abschied nehmen und dabei „politisch und sozial tragbare Schrumpfungsmodele“ (Carl Amery) entwickeln.

Anmerkungen

1 13 Charts der Deutschen Bank zu den besten Chancen in den Finanzdienstleistungen. 13.2.2015 <http://news.efinancialca>

reers.com/ch-de/199220/13-charts-der-deutschen-bank-zu-den-besten-chancen-den-finanzdienstleistungen/
2 Vgl. Wolff, E.: Hedgefonds setzt auf "finanzielle Massenvernichtungswaffen". 21.3.2016 <http://www.heise.de/tp/artikel/47/47740/1.html> – Durden, Tyler: "It All Has A Very 2008 Feel To It" - For Deutsche Bank, The News Just Keeps Getting Worse. In: zero hedge, 26.9.2016 <http://www.zerohedge.com/news/2016-09-26/it-all-has-very-2008-feel-it-deutsche-bank-news-just-keeps-getting-worse>
3 Vgl. exemplarisch die Untersuchung der wirtschaftsliberalen 'European School of Management and Technology': Rocholl, J., and A. Stahmer (2016). Where did the Greek bailout money go? ESMT White Paper No. WP-16-02
4 „Das wahre Risiko aus Europa beträgt 518 Milliarden Dollar“. In: Deutsche Mittelstandsnachrichten, 2.11.2011.
5 Kassimatis, G.: EU verstößt gegen demokratische und europäische Rechtskultur – Zum Kreditabkommen mit der Troika. In: Widerspruch, Nr. 61 2011, S. 49-60 – <http://www.griechenland-blog.gr/2012/griechenland-ist-offiziell-verpfaendet/10617/18.12.2012>.
6 Mistilis, Kia: How Greece's Creditors Trounced Syriza, 17.9.2015 <http://fpif.org/how-greeces-creditors-trounced-syriza/>
7 Hudson, M.: The Financial Attack on Greece: Where Do We Go

- From Here? In: Counterpunch 8.7.2015
- 8 Vgl. Ansgar Belke und Christian Dreger: Nach dem EU-Schuldengipfel, in: Wirtschaftsdienst EU 9/2011 <http://www.wirtschaftsdienst.eu/archiv/jahr/2011/9/das-zweite-rettungspaket-fuer-griechenland/>
- 9 Lessenich, St.: Griechenland-Politik – Das "System Schäuble" amerikanisiert Europa 27.7.2015 <http://www.sueddeutsche.de/kultur/zorneines-soziologen-mexikaner-europas-1.2582666>
- 10 Vgl. Ey, Frank: Neue EU-Binnenmarktstrategie – Beschäftigten und KonsumentInnen steht einiges bevor, 8.1.2016, <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/eu-binnenmarktstrategie-beschaeftigten-und-konsumentinnen-steht-einiges-bevor/>
- 11 Merkel, A.: „Die Besten als Vorbild“ – Rede von Bundeskanzlerin Merkel beim World Economic Forum, Davos 24.01.2013 <http://www.bundeskanzlerin.de/Content/DE/Reiseberichte/2013-01-24-davos.html>
- 12 Vgl. Deutsche Bundesbank: Monatsbericht Juni 2014: „Die neuen europäischen Regeln zur Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten“. Stand 16.6.2014.
- 13 Das Verhältnis von Kernkapital (Eigenkapital) zu Bilanzsumme (Leverage Ratio) beträgt bei den meisten europäischen Banken 4 bis 7%, bei der Deutschen Bank Ende 2015 3,5%. Vgl. Bernegger, M.: Banken-Test wiegt Europas Anleger und Sparer in falscher Sicherheit, in: Deutsche Wirtschaftsnachrichten, 30.7.2016 <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2016/07/30/banken-test-wiegt-europas-anleger-und-sparer-in-falscher-sicherheit/>
- 14 Vgl. Wolff, E.: Die "Rettung" der Monte dei Paschi. In: Telepolis 3.8.2016 <http://www.heise.de/tp/artikel/49/49032/1.html>
- 15 Schumann, H.: Vortrag bei der Anhörung der Linksfraktion im EP: ECB – Unelected Government, Video 1 <http://www.guengl.eu/news/article/events/the-ecb-europes-unelected-government> – WOLFF, E. IWF an EU: Enteignet eure Bürger! a.a.O
- 16 Vgl. Lemaire, F. und Plihon, D.: Eine finanzpolitische Zeitbombe – Die geplante Kapitalmarktunion setzt auf noch mehr Deregulierung in der EU, in: Le Monde diplomatique, Januar 2016; – Flassbeck, H.: Europäische Kapitalmarktunion – der Weg zurück in die längst gescheiterte Fiktion der effizienten Finanzmärkte, 13. Januar 2016 <http://www.flassbeck-economics.de/europaeische-kapitalmarktunion-der-weg-zurueck-in-die-laengst-gescheiterte-fiktion-der-effizienten-finanzmaerkte/>
- 17 Unter Dehnung der No-Bail-out-Klausel legte die EZB im September 2012 das OMT (Outright Monetary Transactions)-Programm auf, mit dem sie Staatsanleihen am Sekundärmarkt aufkauft. Damit möchte EZB-Chef Draghi „What ever it takes“ – Was immer nötig sei, tun, um das Vertrauen der Märkte in den Euro aufrecht zu erhalten. Vgl. <https://www.bundesbank.de/Navigations/DE/Aufgaben/Geldpolitik/Outright-Geschaefte/outright-geschaefte.html> (ohne Datum, Abruf 8.8.2016)
- 18 Weitere Stationen ihrer politischen Karriere waren u. a.: wissenschaftliche Mitarbeiterin beim German Marshall Fund, Leiterin des Berliner Büros des European Council on Foreign Relations (ECFR) https://de.wikipedia.org/wiki/Ulrike_Gu%C3%A9rot (Abruf 8.8.2016)
- 19 Guérot, Ulrike im Kulturgespräch mit Elske Brault, SWR2, 27.6.2016 Die EU nach dem Brexit-Referendum – Braucht Europa eine neue Idee? <http://www.swr.de/swr2/kultur-info/die-eu-nach-dem-brexit-referendum/-/id=9597116/did=17678784/nid=9597116/1awp9jf/> - Vgl. Guérot, U.: Europe as a republic: the story of Europe in the twenty first century. Vortrag auf der Konferenz RE:PUBLICA, 6.5.2015 <https://www.opendemo-cracy.net/can-europe-make-it/ulrike-guerot/europe-as-republic-story-of-europe-in-twenty-first-century>
- 20 Guérot, U. / Menasse, R.: „Es lebe die europäische Republik“, in: FAZ 28.3.2013.
- 21 Guérot im Kulturgespräch, a.a.O.
- 22 "Die EU muss demokratisiert werden – Oder sie wird zerfallen!" DiEM-Manifest <https://diem25.org/>
- 23 Vgl. Interview mit Yannis Varoufakis: "One very simple, but radical, idea: to democratise Europe." bei open democracy, 25.10.2015 <https://opendemocracy.net/can-europe-make-it/yannis-varoufakis-alex-sakalis/one-very-simple-but-radical-idea-to-democratise-eur/> (Wenn nicht anders angegeben, stammen die folgenden Zitate aus diesem Interview; Hervorh. E.S.)
- 24 Interview von Dirk Pohlmann mit Yannis Varoufakis, Missing Link to Yanis Varoufakis, veröffentlicht am 3.11.2015 <https://www.youtube.com/watch?v=7kLS06QtWNE&index=1&list=PL1eFyfYVP6jRcYi6cPZrnV1K0u7aFEKr>
- 25 Interview mit Yannis Varoufakis: "One very simple, but radical, idea: to democratise Europe", a.a.O.
- 26 Wahrheitskommission für die Staatsverschuldung. Sonderkommission des griechischen Parlaments. Erster Bericht, Juni 2015; dt. Übersetzung: http://www.attac.de/uploads/media/Wahrheitskommission_DE.pdf
- 27 Michael Chossudovsky: „Manufacturing Dissent“ – The Anti-globalization Movement is Funded by the Corporate Elites. Global Research, 12.4.2015.
- 28 Erläutert in: Krysmanski, H J: 0,1 % – Das Imperium der Milliardäre. Frankfurt/Main 2012.

Charles de Montesquieu über die Bedeutung der Gleichheit

„Liebe zur Demokratie bedeutet Liebe zur Gleichheit. Liebe zur Demokratie bedeutet auch Liebe zur Genügsamkeit. ... Gesunder Sinn und das Glück der Einzelpersonen bestehen großenteils in der Mittellage ihrer Talente und ihrer Vermögen. Eine aus besonnenen Leuten zusammengesetzte Republik, in der die Gesetze einen großen Mittelstand schaffen, wird sich besonnen regieren. ... Das Übel naht, wenn das Übermaß der Reichtümer den Handelsgeist zerstört. Dann zeigt sich mit-eins, wie die Gärungen der Ungleichheit entstehen.“

Vom Geist der Gesetze (1748), Stuttgart 1989, S. 136, 139-140 und 144.